

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
10/2016*



Liebe FreundInnen!

In den Plenarsitzungen diese Woche standen vor allem die 1. Lesung des Budgets 2017 und der Abschluss des Untersuchungsausschusses zur Hypo Alpe Adria im Vordergrund. Weitere wichtige Themen waren unter anderem der Bericht zur parlamentarischen Enquete zu "CETA und TTIP", der Rechnungshofbericht zur Hypo und die Reform des Versorgungssicherungsgesetzes.

Besonders gefreut habe ich mich über die einstimmige Annahme meines [Antrags](#) zur Unterstützung eines Neustarts der Rüstungskontrolle in Europa.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Top Themen

Budget: Mehr Investitionen in Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung & Integration – öffentliche Verschuldung sinkt

Mit dem Budget für das kommende Jahr wird gezielt mehr Geld in die Hand genommen, um die **Arbeitslosigkeit** zu **bekämpfen** und den **Wirtschaftsstandort** zu **stärken**. Weitere Schwerpunkte im Budget sind Bildung, Sicherheit und Integration: Gleichzeitig **sinkt die öffentliche Verschuldung** um 2,3 Prozentpunkte auf 80,9 Prozent gemessen am BIP. Das gesamtstaatliche Defizit wird 1,2 Prozent betragen, das strukturelle Defizit (ohne Konjunktur- und Einmaleffekte) 0,5 Prozent.

Wirtschaft & Arbeitsmarkt

Mehr Geld (+109 Mio. Euro) gibt es für **aktive Arbeitsmarktpolitik**, speziell für die **Ausbildungspflicht bis 18 Jahre**. Zur Belebung der Wirtschaft wurde außerdem ein **"Start up"-Paket** (100 Mio. Euro) geschnürt, um die Neugründung von innovativen Unternehmen zu fördern.

Bildung

Über 500 Millionen Euro mehr gibt es schon 2016 für das **Bildungsbudget** – damit kann die strukturelle Lücke im Budget (durch steigende LehrerInnengehälter und Mieten) heuer geschlossen werden, auch 2017 wird dafür das Budget erhöht. Zusätzliches Geld gibt es auch für **Integration an Schulen** (+80 Mio. Euro). Noch nicht im Budget enthalten ist der **Ausbau der Ganztagschulen**. Dieser soll mit 750 Mio. Euro aus einer Abschlagszahlung der Banken (Ausgleich für Senkung der Bankenabgabe) finanziert werden.

Herausforderung Flüchtlingssituation

Die **Integration von Asylberechtigten** ist eine zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre, das bildet sich auch im Budget ab (+230 Mio. Euro). Ein Großteil der zusätzlichen Mittel wird für Integration in den Arbeitsmarkt, in der Schule und für Deutsch-

kurse verwendet. Aber auch zur **Bewältigung der Flüchtlingskrise vor Ort** gibt es mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit.

Schwerpunkt Sicherheit

Das Budget enthält auch eine Sicherheitsoffensive: **Die Polizei bekommt mehr Geld** (+125 Mio. Euro), u.a. für bessere Ausrüstung. Auch das **Bundesheer** erhält mehr Mittel (+220 Mio. Euro) für Investitionen in Personal und Betrieb, Assistenzeinsatz und Unterstützungsleistungen für das Innenministerium.

SPÖ will 100 Euro Einmalzahlung für PensionistInnen

Noch eine gute Nachricht: Der **Budgetvollzug für 2016 läuft besser als geplant**, besonders auch durch die positive Entwicklung bei den Pensionen. Rund 600 Mio. Euro weniger werden heuer für Pensionen ausgegeben – Geld, das auch zur Stärkung der Kaufkraft für PensionistInnen verwendet werden soll. Die SPÖ will deshalb 100 Euro Einmalzahlung an die PensionistInnen im Zuge der jährlichen Pensionserhöhung. Ein solcher Betrag wäre auch ein "Kaufkraftpaket", weil dieses Geld zum Großteil direkt in den Konsum fließt.



Bundeskanzler Christian Kern im Parlament: *"Wirtschaft hat in erster Linie den Menschen in unserem Land zu dienen. Unser Ziel muss sein, sie so zu gestalten, dass alle profitieren!"*



SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder in der Budgetdebatte: *"Wer bei Investitionen in Arbeitsmarkt und Wachstum sparen will, ist Ideologieträger des Sozialabbaus."*

Hypo-Untersuchungsausschuss beendet – Politische Verantwortung bei FPÖ in Kärnten

Von April 2015 bis Juni 2016 wurden im Hypo-Untersuchungsausschuss die **Ursachen** und die **politische Verantwortung rund um das Hypo-Debakel** analysiert. Für **Jan Krainer, Fraktionsführer im Ausschuss**, ist klar: Die **Hauptverantwortung für das Debakel liegt bei der FPÖ** in Kärnten. Es ist unfassbar, dass sich die Freiheitlichen heute so hinstellen, als ob sie nicht beteiligt gewesen wären!"

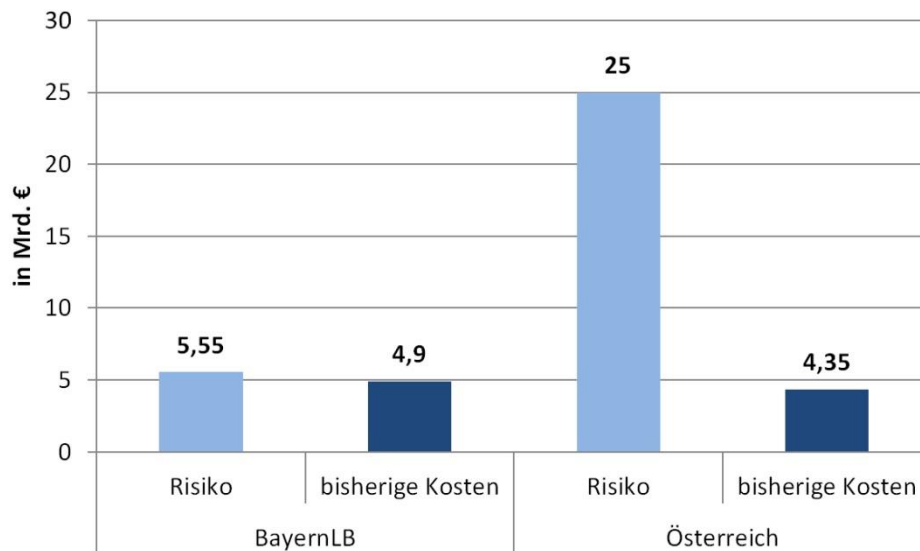


Jan Krainer: *"Ich habe in 20 Monaten keinen einzigen positiven Beitrag von Freiheitlichen gesehen, damit der Schaden für die Steuerzahler kleiner wird."*

Die Verstaatlichung der Hypo im Jahr 2009 war aufgrund der bestehenden Landeshaftungen **eine Notwendigkeit**, um die volkswirtschaftlichen Folgeschäden in Grenzen zu halten. "Eine Insolvenz der Bank hätte sofort Kosten in der Höhe von 25

Milliarden Euro für Österreich mit sich gebracht. Durch die Notverstaatlichung konnten diese Kosten deutlich gesenkt werden", so Krainer. Ganz anders bei den Bayern: Ihr Risiko bei einer Insolvenz wäre viel niedriger gewesen. (s. Grafik)

Risiko Insolvenz vs. Kosten durch Notverstaatlichung



Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 12. Oktober 2016

Bericht des Hypo-Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung für die Vorgänge rund um die Hypo-Group Alpe Adria (1/US) (1291 d.B.) – s. Top-Themen

Rechnungshofbericht zur Hypo ([III-157/1272 d. B.](#))

Gleichzeitig mit dem Abschlussbericht des Hypo-Untersuchungsausschusses wurde auch der Rechnungshof-Bericht zur Hypo debattiert. Der Rechnungshof hatte die Phase ab der Verstaatlichung der Hypo untersucht. Eine zentrale Erkenntnis aus dem Hypo-Skandal ist die Problematik von Landeshaftungen, wobei auch der Rechnungshof die Frage der Landeshaftungen vor der Verstaatlichung nicht so kritisch gesehen habe wie danach. Seit 2009 steht aber auch der Rechnungshof den Landeshaftungen sehr kritisch gegenüber.

Bericht zur parlamentarischen Enquete zu "CETA und TTIP – Die Freihandelsabkommen der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Kanada und den USA" ([III-305/1275 d.B.](#))

Im Rahmen der parlamentarischen Enquete zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP Mitte September wurde eine Reihe von Kritikpunkten insbesondere in den Bereichen Investorenschutz, Liberalisierung öffentlicher Dienstleistung und Erhalt hoher Standards von den ExpertInnen geteilt. Durch den Einsatz von Bundeskanzler Kern konnte mittlerweile erreicht werden, dass der Investorenschutz von der vorläufigen Anwendung ausgenommen wird und daher erst nach Genehmigung des Abkommens durch die nationalen Parlamente in Kraft treten kann. Außerdem befindet sich derzeit eine Zusatzklärung zum CETA-Vertrag in Vorbereitung, die die Bedenken in Hinblick auf öffentliche Dienstleistungen und Standards ausräumen soll.

Reform des Versorgungssicherungsgesetz ([1276 d.B.](#))

Das Versorgungssicherungsgesetz regelt, wie die öffentliche Hand im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittel etc. steuern kann. Das Gesetz war bisher schon befristet, die Novelle gilt nun bis 2026.

Änderung beim Mineralrohstoffgesetz ([1277 d.B.](#))

Mit der Novelle wird eine EU-Richtlinie umgesetzt, die v.a. detaillierte technische Klarstellungen und Ergänzungen enthält.

Reform des Maschinen-Inverkehrbringungs- und Notifizierungsgesetzes - MING ([1278 d.B.](#))

Auch dieses Gesetz ist die nationale Umsetzung einer EU Richtlinie. Unter anderem geht es um Verordnungen über persönliche Schutzausrüstungen bzw. über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe; Inhalt der Novelle sind auch Neuregelungen zu den Notifizierungsverfahren.

Standards für die Qualifikationsbezeichnungen "Ingenieurin" und "Ingenieur" – Ingenieurgesetz 2017 ([1279 d.B.](#))

Die Standesbezeichnung "Ingenieurin" bzw. "Ingenieur" wird jährlich rund 5.000 mal vergeben und ist von der heimischen Wirtschaft anerkannt und geschätzt. Um allerdings auch auf europäischer Ebene in den entsprechenden Qualifikationsrahmen aufgenommen und damit international besser vergleichbar zu werden, fehlen einige Elemente, die mit dieser Gesetzesänderung verankert wurden: einheitliche

Standards, was die erforderliche Berufspraxis betrifft, sowie ein Zertifizierungsverfahren, das dem Europäischen Qualifikationsrahmen entspricht.

Hochschülerschafts- und Fachhochschulstudiengesetz: Änderungen in der Wahlordnung zur ÖH-Wahl ([1281 d.B.](#))

Die Novelle bringt Änderungen beim Ablauf der Hochschülerschaftswahl. Eingeführt wird u.a. die Möglichkeit von vorgezogenen Wahltagen für berufs begleitende Studien. Angepasst wird die Wahlordnung auch an die PädagogInnenbildung NEU, bei der mehrere Bildungseinrichtungen in regionalen Verbänden kooperieren. Als Regelung wurde vereinbart, dass Studierende eines Verbundstudiums in zwei Bildungseinrichtungen an der ÖH-Wahl teilnehmen können. Angewendet werden die neuen Regeln das erste Mal kommenden Mai bei den nächsten ÖH-Wahlen.

Evaluierung der Breitbandförderung ([1286 d.B.](#))

Die österreichische Bundesregierung forciert mit der "Digitalen Offensive" den Ausbau von flächendeckender Breitband-Infrastruktur. Sie wird mit den Mitteln der "Breitbandmilliarde" finanziert. Ziel ist eine nahezu flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit ultraschnellen Breitband-Hochleistungszugängen (über 100 Mbit/s) bis 2020. Die Förderung des Bundes erfolgt dabei in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen. Insgesamt zeigt sich, dass es bereits durch die ersten Ausschreibungsrunden in mehr als 600 Gemeinden zu einer deutlichen Verbesserung der Breitbandversorgung kommen wird. In einem Antrag wird das zuständige Verkehrsministerium aufgefordert, den bisherigen Vollzug der Breitbandförderung zu evaluieren und einen entsprechenden Bericht dem Nationalrat vorzulegen.

Petitionen und Bürgerinitiativen: Vielfältige Bürgeranliegen von TTIP über Studierenticket bis zu "Ehe gleich!" ([1284 d.B.](#))

Eine breite Palette von Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wurde mit dem Sammelbericht des Petitionenausschusses debattiert. Die Themen reichen von verbilligten Öffi-Tickets für Menschen mit Behinderung, über Resolutionen mehrerer Gemeinden zum Thema TTIP/CETA bis zur Forderung nach leistbarem Wohnen für Junge. Bei einer Reihe der Materien werden zusätzliche Stellungnahmen betroffener Ressorts eingeholt bzw. werden sie an die zuständigen Fachausschüsse des Nationalrats zugewiesen. Die aktuell am stärksten unterstützte Bürgerinitiative (an die 37.000 elektronische Zustimmungserklärungen) ist nach wie vor "Ehe Gleich! Aufhebung des Eheverbots für gleichgeschlechtliche Paare". Mehr Infos: <http://www.parlament.gv.at/PERK/BET/>

NR-Sitzung vom 13. Oktober 2016

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, Änderung (694/A)

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2017 ([1260 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Partnerschaftsabkommen EU-Irak ([1264 d.B.](#))

Das Abkommen soll Handel und Investitionen fördern und damit einen Beitrag leisten, den Irak in die Weltwirtschaft zu integrieren. Mit dem Abkommen, das Mechanismen für einen politischen Dialog vorsieht, soll die Grundlage für einen Ausbau der Beziehungen zwischen der EU und dem Irak geschaffen werden. Die Europäische Union sieht das Abkommen als einen Weg, den Wiederaufbau des Irak und die Bemühungen des Irak um Demokratie zu unterstützen.

Nationalrat fordert Errichtung eines Denkmals für die aus Österreich stammenden Opfer bei Maly Trostinec ([1265 d.B.](#) + [1266 d.B.](#))

Der gemeinsame Entschließungsantrag fordert die Errichtung eines Denkmals für die aus Österreich stammenden Opfer im weißrussischen Todeslager Maly Trostinec in der Zeit des Nationalsozialismus. Nach derzeitigem Forschungsstand wurden rund 60.000 Menschen in Maly Trostinec ermordet. Mehr als die Hälfte davon waren Juden, die überwiegend aus Österreich, Tschechien und Deutschland in das Lager deportiert wurden. Von etwa 10.000 deportierten jüdischen Wienerinnen und Wienern überlebten nur 17. Auch eine Bürgerinitiative fordert die Errichtung eines Denkmals für die österreichischen Opfer der Shoa in Maly Trostinec.

Neustart der Rüstungskontrolle in Europa ([1267 d.B.](#))

In diesem Entschließungsantrag wird der Außenminister aufgefordert, einen Neustart der Rüstungskontrolle in Europa zu unterstützen und die bereits laufenden Bestrebungen innerhalb der OSZE und auf EU- und bilateraler Ebene sowie gegenüber Russland und den NATO-Staaten aktiv zu forcieren, um einen neuen wechselseitigen Rüstungswettlauf zu verhindern.

Entschließungsantrag zur Menschenrechtssituation in der Türkei ([1268 d.B.](#))

Die Menschenrechtssituation in der Türkei ist Thema dieses Entschließungsantrags. Ziel ist, dass seitens der EU-Kommission die Entwicklung der Menschenrechtssituation, der Meinungsfreiheit, des Minderheitenschutzes und des Rechtsstaates mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet werden. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, an dem im Regierungsübereinkommen festgelegten Ziel einer maßgeschneiderten

Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei weiter festzuhalten.

Mehr Geld für UN-Organisationen für Projekte zum Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt ([1271 d.B.](#))

Im gegenständlichen Antrag wird der Außenminister aufgefordert, sich verstärkt für den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Kindern auf internationaler Ebene einzusetzen. Der Bericht des UNO Generalsekretärs zu sexueller Gewalt in Konflikten hat 19 Länder identifiziert, in denen Gewalt systematisch gegen Frauen und Kinder eingesetzt wird. Auch im Krieg in Syrien brauchen Frauen und Kinder besondere Hilfe. Notwendig sind u.a. humanitäre Projekte zum Schutz von weiblichen Flüchtlingen und einer Stärkung einschlägiger Organisationen.

Parlaments-Enquete zum Klimavertrag von Paris ([III-286/1274 d.B.](#))

Österreich war einer der ersten Staaten weltweit, der das Klimaabkommen von Paris ratifizierte. Auf Basis des Abkommens sollen die Emissionen von Klimagasen bis 2050 netto auf null gesenkt werden. Der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur soll möglichst auf 1,5 Grad Celsius, maximal aber auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Nach der Ratifikation durch das Europäische Parlament sind die notwendigen Bedingungen erreicht und das Abkommen wird am 4. November in Kraft treten.

Debattiert wurden die Ergebnisse einer Enquete des Parlaments zum Klimavertrag, die im Juni stattgefunden hat. Einig waren sich dabei alle ExpertInnen, dass es rasches, konsequentes und praxistaugliches Handeln braucht, um die Klimaziele zu erreichen.

"Grüner Bericht 2016" zur Lage der Landwirtschaft ([III-307/1280 d.B.](#))

Der Grüne Bericht 2016 befasst sich mit der Situation der österreichischen Landwirtschaft auf Basis der Daten für 2015. In diesem Einkommensjahr mussten alle Betriebsformen der Landwirtschaft ein Einkommensminus hinnehmen – ausgenommen waren nur die Dauerkulturbetriebe (z.B. Weinbauern). Hauptursachen für den Einkommensrückgang waren die stark gesunkenen Erzeugerpreise für konventionelle Milch und für Mastschweine und Ferkel, niedrigere Erntemengen bei Sommergetreide, ein deutlicher Rückgang der öffentlichen Gelder (insbesondere beim ÖPUL) und höhere Aufwendungen für Düngemittel, Pachten, Mieten und Abschreibungen. Die Entwicklung zeigt, dass eine Änderung des Fördersystems notwendig ist, wie die SPÖ schon länger fordert. Die Bergbauern, die Nebenerwerbsbauern, all jene mit kleinen Erwerbsflächen mussten im letzten Jahr die größten Einkommensverluste hinnehmen. Daher muss der Fokus in Zukunft verstärkt auf diese Betriebe gelegt

werden.

Keine Aufhebung der Immunität von Grün-Abg. Glawischnig [\(1297 d.B.\)](#)

Im Zuge eines Rechtsstreits zwischen dem ehemaligen Direktor der Kunsthalle, Gerald Matt, und Grün-Klubobfrau Eva Glawischnig, wurde das Begehren auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Abgeordneten gestellt. Entsprechend seiner bisherigen Spruchpraxis hat der Immunitätsausschuss entschieden, dass bei den Äußerungen Glawischnigs ein Zusammenhang mit ihrer politischen Tätigkeit als Abgeordnete besteht und somit die Immunität nicht aufgehoben wird.

Reden

Rede vom 12. Oktober zu den CETA-Verhandlungen [\(Video\)](#)

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren! Bevor ich in die inhaltliche Debatte zu CETA einsteige, möchte ich einige Worte zur Enquete sagen. Ich finde, dass es eine sehr gute, hervorragende Veranstaltung war. Wir hatten ganz ausgezeichnete Experten und Expertinnen hier, eine hochrangige Besetzung und einen wirklich intensiven Austausch für und gegen CETA.

Ich würde mir mehr solcher Veranstaltungen wünschen. Im Sinne der Transparenz und der besseren Partizipation sollten sie auch vollständig öffentlich sein. Es würde mich freuen, wenn man die veralteten Regeln in der Geschäftsordnung diesbezüglich anpassen könnte. *(Abg. Pirklhuber: Sehr richtig!)*

Nun zum Inhalt. Ganz zuerst: Wir wollen ein Handelsabkommen mit Kanada. Für ein Land wie Österreich, das so erfolgreich und intensiv in den internationalen Handel eingebunden ist, wäre eine fundamentale Ablehnung von Handel auch unsinnig. Soweit ich das verstehe, ist ja ohnehin niemand wirklich für eine Ablehnung. Die Frage aber ist: Wie sind diese Abkommen ausgestattet?

Es klingt wie eine Selbstverständlichkeit: Handel muss fair und nachhaltig sein. Was wir brauchen, sind also Abkommen, die als Vorlage für weitere Abkommen dienen, weil sie fortschrittliche soziale, arbeits- und umweltpolitische Standards vorschreiben, Abkommen, von denen alle profitieren können und nicht nur einige wenige.

CETA in seiner ursprünglichen Fassung hatte einige gravierende Mängel. So drohte CETA, den Staat in seinen Möglichkeiten, sozial und gemeinnützig handeln zu können, einzuschränken, die Demokratie zu unterlaufen und den Rechtsstaat zu schädigen. Die Debatten der Enquete haben deutlich gezeigt: Viele der ExpertInnen teilten unsere Bedenken und bestätigten unsere wichtigsten Kritikpunkte zum Investorenschutz, zum Liberalisierungsdruck für öffentliche Dienstleistungen, zur Gefahr für unsere hohen Standards.

Gleichzeitig haben wir aber gemeinsam mit zahlreichen weiteren CETA-Kritikern in den letzten Wochen viele Verbesserungen durchsetzen können. CETA wird nun definitiv als gemischtes Abkommen behandelt, auch die Sonderklagsrechte dürfen vorläufig nicht angewendet werden.

Denken Sie an die ersten Diskussionen mit der Kommissarin Malmström, die nichts verändern wollte! Es hat also Veränderungen gegeben und es wird in den nächsten Tagen noch einmal darum gehen, dass wir gegenüber den Kanadiern und der Kommission auf weitergehende Nachbesserungen beim Zusatzprotokoll drängen. Wir müssen dann auch darauf achten, dass das Zusatzprotokoll ausreichend rechtliches Gewicht besitzt. Abhängig von diesem Ergebnis werden wir dann hier im Parlament entscheiden, ob der Vertrag für uns annehmbar ist oder nicht.

Nach monatelanger Starre ist also Bewegung in das Projekt CETA gekommen. Vielleicht entwickelt es sich doch noch zu einem auch für uns positiven Abschluss, denn es wäre schade, wenn wir uns mit Kanada nicht auf ein wahrlich fortschrittliches Abkommen einigen könnten. – Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Rede vom 13. Oktober zum außenpolitischen Budget ([Video](#))

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Minister! Frau Ministerin! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Jetzt ein großer Sprung zur Außenpolitik: Die Aufgaben der Außenpolitik und der EU-Politik haben sich in den letzten Jahren massiv verändert, das zeigt zum Beispiel die neue Sicherheitsstrategie ganz deutlich.

In der Sicherheitsstrategie von 2003 hieß es – ich zitiere –: „Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen.“

Heute, einige Jahre später, 2016 heißt es: „Der Zweck, ja die Existenz (...) unserer Union wird in Frage gestellt.“ Unsere Region ist instabiler und unsicherer geworden. „Die Krisen innerhalb und außerhalb unserer Grenzen wirken sich direkt auf das Leben unserer Bürger aus.“ – Also das ist doch ein ziemlicher Unterschied.

Dieser Veränderung muss auch unsere Außenpolitik Rechnung tragen, und Österreich muss mehr Engagement in der EU- und Außenpolitik leisten. Das heißt, Österreich muss sich mehr Engagement leisten können, mehr finanzielles Engagement, um mit seinen Partnern Antworten auf die vielen Herausforderungen finden zu können, durchaus im Sinne unserer eigenen Sicherheit und Stabilität; Herausforderungen wie zum Beispiel der Brexit und seine Folgen, die Kriege und Konflikte in der Ostukraine und in Syrien und die hohe Migration in Afrika.

Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass die Gelder für die EZA und den Auslandskatastrophenfonds wie auch die Gelder für den Afrikanischen und Asiatischen Entwicklungsfonds angehoben werden. Auch wenn wir in die Ausstattung der Flüchtlingslager investieren oder die syrischen Nachbarländer unterstützen, damit dort nicht weitere Konflikte und Krisen aufbrechen, dann ist das gut investiertes Geld für unsere Sicherheit. Das Gleiche gilt natürlich für Projekte zur Bildung, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wiederaufbau in Afrika oder Asien. Allerdings, meine Damen und Herren, werden kurzfristige Zuwendungen weder vor Ort helfen, noch die Migrationsbewegungen stoppen.

Mit Blick auf den Konflikt in der Ostukraine und die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der NATO ist aber auch der österreichische OSZE-Vorsitz 2017 ein diplomatisches Großprojekt, das ausreichend finanziert werden muss. Die OSZE wird nächstes Jahr eine zentrale Rolle dabei spielen müssen, eine weitere Eskalation in der Ostukraine zu verhindern und eine Alternative zur gefährlichen neuen Konfrontationspolitik zwischen Russland und der NATO aufzuzeigen.

Um eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur zu strukturieren, zu finden, werden neue Initiativen notwendig sein, wie etwa Gespräche über eine neue europäische Rüstungskontrolle. Als neutrales Land hat Österreich ein großes Potenzial, um solche Initiativen zu lancieren und voranzutreiben. Die entsprechenden Ressourcen dafür wären in jedem Fall ein gut angelegtes Geld. – Danke sehr. (Beifall bei der SPÖ.)
14.07

Rede vom 13. Oktober 2016 zu meinem Antrag einen Neustart der der Rüstungskontrolle in Europa zu unterstützen ([Video](#))

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Werte Frau Präsidentin! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Wir erleben in den letzten Jahren die zunehmende Erosion unserer europäischen Sicherheitsarchitektur. Jüngstes Beispiel dafür – Sie haben das in den Zeitungen sicher gelesen – ist das von Russland in der letzten Woche ausgesetzte Abkommen zur Plutoniumvernichtung. Gemäß dem Abkommen wollten die USA und Russland eigentlich auf beiden Seiten 34 Tonnen waffenfähiges Plutonium vernichten und entschärfen. Mit dieser Menge kann man ungefähr 17 000 Atombomben bestücken. Auch die USA haben wegen der immensen Kosten, die das verursacht, den Vertrag zuletzt nicht mehr wirklich umgesetzt.

Derzeit ist unsere europäische Sicherheitsarchitektur weltweit einzigartig, entworfen in der Hochphase des Kalten Krieges – das hat mein Vorredner schon ausgeführt –, auch aus der Erkenntnis, dass keine Seite Frieden und Sicherheit für sich schaffen kann, ohne mit der anderen Seite zu kooperieren und auch Kompromisse zu schließen. Diese Sicherheitsarchitektur hat den Rüstungswettlauf beendet und den Ost-West-Konflikt großteils friedlich beigelegt. Noch heute profitieren wir von dieser Friedensdividende.

Bereits in den neunziger Jahren haben wir uns aber nicht mehr wirklich um die Pflege dieser Architektur gekümmert. Russland war militärisch, wirtschaftlich, politisch geschwächt, der Westen zeigte damals kein wirkliches Interesse daran, russische Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen, nachhaltig auszutarieren und auf Kompromisse einzugehen.

2001 kündigte Präsident Bush einseitig den ABM-Vertrag auf, der Raketenabwehrsysteme weitgehend verbot. Auch der KSE-Vertrag, der für eine stärkere Abrüstung und mehr Transparenz bei den konventionellen Streitkräften sorgen sollte, wurde nie an die neuen Kräfteverhältnisse nach Auflösung von Sowjetunion und Warschauer Pakt angepasst. Die neuen baltischen NATO-Länder sind dem Vertrag nach ihrer Unabhängigkeit gar nicht erst beigetreten. Mittlerweile wenden weder Russland auf der einen noch die NATO-Länder auf der anderen Seite, auch nicht Georgien, die Ukraine und Moldau, den Vertrag an.

Die Folge sind wie erwartet langsamer Vertrauensverlust, schwindende Kooperationen, schwindende Kompromissbereitschaft und eben auch eine zunehmende Schwächung und Auflösung der alten Sicherheitsordnung.

Wollen wir einen neuen Rüstungswettlauf in Europa verhindern und auch Lösungen für die Ukraine und Syrien finden, dann werden Sanktionen, NATO-Manöver und auch das Minsker Abkommen allein nicht reichen. Wir werden wieder zu einem umfassenden, neuen und ehrlichen Sicherheitsdialog, auch mit Russland, kommen müssen. Der deutsche Außenminister und derzeitige Vorsitzende der OSZE hat im August angekündigt, genau aus diesem Grund einen Dialog über den Neustart der konventionellen Rüstungskontrolle beginnen zu wollen. Das wird nicht einfach werden und auch nicht gleich Erfolge bringen, aber angesichts der aktuellen Entwicklungen wäre es verantwortungslos, das nicht wenigstens zu versuchen.

Ich denke, Österreich sollte diese Initiative bestmöglich unterstützen und während des eigenen OSZE-Vorsitzes nächstes Jahr, also 2017, weiterführen. Ich ersuche Sie daher, diesen Antrag zu unterstützen. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Ehrlicher Sicherheitsdialog für Frieden unabdingbar \(14.10.2016\)](#)

[Nationalrat – Muttonen: OSZE-Vorsitz von Österreich 2017 bedeutet große Verantwortung \(13.10.2016\)](#)

[Muttonen: Vertrauen ist Grundlage für Konfliktlösung \(30.09.2016\)](#)

Herbsttagung der OSZE-PV in Skopje



Treffen mit dem Generalsekretär der OSZE Lamberto Zannier

Wie können wir angesichts der vielen aufbrechenden Konflikte in Europa wieder neues Vertrauen zwischen den Ländern schaffen? Und welche Rolle können dabei die Abgeordneten und Parlamente spielen? Um diese Frage ging es bei der diesjährigen Herbsttagung der OSZE-PV in Skopje.

In meinem Eingangsstatement (hier als [Text](#) und [Video](#)) habe ich betont, dass es für die Vertrauensbildung unerlässlich ist, dass die einzelnen Länder ihre nationalstaatliche Perspektive verlassen und sich auch einmal in die Interessen und Perspektiven der anderen hineinversetzen. Das geschieht leider viel zu selten, aber für gegenseitiges Vertrauen ist zunächst ein gegenseitiges Verständnis notwendig.



Im Gespräch mit den Abgeordneten Roberto Battelli (Slowenien) und Kent Harstedt (Schweden)



Mit OSZE-Generalsekretär Zannier sowie dem Staatspräsidenten und dem Wiener Botschafter der Früheren Jugoslawischen Republik Mazedonien.

Ein weiteres wichtiges Thema der Tagung war die demokratische und menschenrechtliche Entwicklung in Südosteuropa. Hierzu haben wir mit den Leitern der OSZE-Missionen dieser Region eine umfassende Diskussion über die aktuelle Situation auf dem Balkan und die Rolle der OSZE geführt.

Weitere Informationen zur Herbsttagung findet Ihr unter folgendem [Link](#) auf den Seiten der OSZE-PV.

Villacher Gedenkfeier zur Kärntner Volksabstimmung 1920

Eine stimmungsvolle Veranstaltung war am 10. Oktober die Feier zum Gedenken der Kärntner Volksabstimmung am Oberen Kirchplatz. Besonders gefallen haben mir die Worte unseres Gastredners Hannes Swoboda. Der ehemalige sozialdemokratische Europaabgeordnete spannte einen weiten Bogen und nannte die Volksabstimmung 1920, in der die verschiedenen Volksgruppen für ein gemeinsames Kärnten gestimmt haben, ein Beispiel für das heutige Europa, das deutlich zeigt, "dass es möglich ist, jenseits von Sprache, Kulturen und Religionen ein gemeinsames Zusammenleben zu entwickeln."

Regionale Österreichisch-Kubanische Gesellschaft in Kärnten gegründet



Am 7. Oktober hatte ich das große Vergnügen, gemeinsam mit Botschafter Juan Antonio Fernández an der Gründungssitzung der Kärntner Regionalgruppe der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft teilzunehmen. Ich wünsche der frischen Gruppe und

insbesondere ihrem 1. gewählten Vorsitzenden Stefan Salzmann viel Erfolg und Freude bei ihren geplanten Projekten und hoffe auf neue Impulse für die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Kärnten und Kuba.

Besuch bei den SPÖ-Landesfrauen und den SchülerInnen der HTL-Villach

Was macht eigentlich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und was sind meine Aufgaben als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung dieser Organisation? Um diese Fragen ging es sowohl am 3. Oktober beim Landesfrauenvorstand als auch drei Tage später bei meinem Besuch in der HTL Villach. Ich habe mich sehr über die langen und angeregten Diskussionen gefreut. Wer Interesse hat, kann sich meine Powerpoint-Präsentation zu den Vorträgen gerne von meiner [Webseite](#) herunterladen.

Engere Beziehungen zwischen Kasachstan und Kärnten

Die internationalen Beziehungen Kärntens zu pflegen und auszubauen ist ein wichtiges Anliegen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Die Eröffnung des kasachischen Honorarkonsulats in Klagenfurt ist daher eine sehr gute Nachricht und zeugt auch von dem großen Interesse an engeren Beziehungen in den Regionen Osteuropas und Zentralasiens. Das wurde auch an den folgenden Tagen auf dem Veldener CEE-Wirtschaftsforum deutlich, wo sich viele neue Kooperationsmöglichkeiten in dieser Region für Kärntner Unternehmen auftaten.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at